

von Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und der Berliner Gauck-Behörde, um den Ermittlern im Todesfall Bartschel ihr Geheimwissen zu offenbaren.

Wilde Spekulationen um angebliche Killerkommandos der Stasi stellten sich als heiße Luft heraus, kein Roloff aus dem Osten ist in Sicht. Als einzig denkbares Mordmotiv, war sich die Gesprächsrunde einig, kämen vielleicht Verwicklungen Bartschels in Embargo-Geschäfte mit damaligen Ostblockstaaten in Frage. Akribisch sollen jetzt noch einmal alle Aufenthalte des früheren Kieler Ministerpräsidenten in der DDR und der Tschechoslowakei überprüft sowie Akten über Technologie-Transfers durchgesehen werden.

Auch der neue Kronzeuge der Mordtheoretiker ist ein alter Bekannter. Der emeritierte Zürcher Toxikologe Hans Brandenberger hatte bereits im Dezember 1987 die These aufgestellt, daß Bartschel das letztlich tödliche Schlafmittel Cyclobarbitol nicht selbst eingenommen haben könne, weil er zuvor durch drei andere Medikamente schon bewußtlos gewesen sei.

Unter Experten ist Brandenbergers These höchst umstritten. Der Münchner Toxikologe Ludwig von Meyer bezweifelt, daß über die Reihenfolge der Medikamenten-Einnahme gesicherte Aussagen gemacht werden könnten.

Brandenberger selbst, mittlerweile unter Druck der Bartschel-Familie von der Genfer Untersuchungsbehörde als Gutachter bestellt, war vor Jahren noch vorsichtiger mit seinen Schlußfolgerungen. 1987 jedenfalls mochte er sich noch nicht festlegen: „Aus den chemischen Daten kann man nie einwandfrei sagen, das war Mord oder Selbstmord. Es ist beides möglich.“

Auch wenn an dem Urteil des ersten Kieler Untersuchungsausschusses Abstriche vorzunehmen sind, bleiben für den FDP-Abgeordneten Buchholz „genügend Dinge, die ein Motiv für einen Selbstmord nahelegen“. Die erwie senen Lügen Bartschels, mit denen er seine Verstrickung zu vertuschen suchte, könnten nicht einfach als Panikreaktion in einer unverschuldeten Notlage interpretiert werden, wie dies Bartschel-Verteidiger heute tun.

Weitere Umstände sprechen für die Selbstmordthese: Ausgerechnet im Genfer Hotel Beau-Rivage, nach dem angeblichen Treffen mit Roloff, fertigt Bartschel seitenlange Gedächtnis-Notizen – obschon er zeit seines Lebens nie Tagebuch geführt hat. Im Flugzeug, auf dem Weg in den letzten Urlaub, schreibt er einen schwülstigen Durchhalte-Brief an seine Sekretärin Brigitte Eichler, die er zur Lüge genötigt hatte.

Der CDU-Landtagsfraktion hatte er vor seiner Abreise ein falsches Urlaubs-

ziel – Sizilien – angegeben. Sein Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten kam völlig überraschend, ohne Absprache mit seinen Parteifreunden.

Für ehemalige Weggefährten sind dies alles Indizien, daß Bartschel innerlich längst Abschied genommen hatte von der Politik und vom Leben. Seine Lage mutete aussichtslos an: Mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt, wäre er unweigerlich wegen der falschen eidesstattlichen Versicherungen strafrechtlich ver-

folgt worden, womöglich hätte er gar seine Pensionsansprüche verloren.

Nachdem Bartschel durch Schleifers Aussage einer weiteren eklatanten Lüge überführt war, beklagte er sich, in einem Fernschreiben aus Gran Canaria an die Kieler CDU-Fraktion scheinheilig über die „beispiellose rechtsstaatswidrige Vorverurteilung“ – eine theatralische Geste.

„Spätestens da“, sagt Kerksenbrock, „hat die Legendenbildung begonnen.“

„Ein bißchen abschöpfen“

Interview mit dem ehemaligen Bartschel-Referenten Reiner Pfeiffer

SPiegel: Um den Tod des ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Bartschel 1987 in Genf hat es in den letzten Wochen wieder mal enormen Medienwirbel gegeben. War es vielleicht doch Mord, von wem auch immer begangen? Was glauben Sie, Herr Pfeiffer?

Pfeiffer: Ich glaube nach wie vor, daß es Selbstmord war. Bartschel hat mehrfach zu mir gesagt: „Herr Pfeiffer, wenn das alles auffliegt, dann kann ich mir einen

Strick nehmen und Sie auch, das wissen Sie doch hoffentlich.“

SPiegel: Im Herbst 1987 haben Sie sich öffentlich bezichtigt, vor der Landtagswahl im Auftrag Bartschels alle möglichen Schweinereien gegen den damaligen SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm veranstaltet zu haben – von der anonymen Steuerdenunziation bis hin zum Aids-Verdacht. Halten Sie Ihre Darstellung aufrecht?

Pfeiffer: In vollem Umfang.

SPiegel: Mittlerweile ist Ihre Glaubwürdigkeit aber von Richtern und Staatsanwälten erheblich demontiert worden. Bartschels Sprecher Herwig Ahrendsen, den Sie als Mittäter hingestellt haben, wurde freigesprochen, weil man Sie für einen windigen Zeugen hält.

Pfeiffer: Sowohl der Ankläger wie auch der Vorsitzende Richter haben eindeutig parteilich zugunsten von Herrn Ahrendsen ermittelt und versucht, meine Glaubwürdigkeit auf Nebenkriegsschauplätzen zu erschüttern. Der Richter hielt es beispielsweise für wichtig, ob ich die drei Briefe mit der anonymen Steueranzeige in den Briefkasten geworfen habe oder meine damalige Sekretärin Frau Schröder. Ich wußte es halt nicht mehr genau. Wenn man sechs Jahre später nach Details fragt, die



Bartschel-Belastungszeuge Pfeiffer
„Keinerlei Erregung oder Lampenfieber“

M. ZUCHT/DER SPIEGEL

ich weder damals noch heute für wichtig halte, dann denke ich, ist das eine Art von Agitation, die mit einer sachlichen Prozeßführung nichts zu tun hat.

SPIEGEL: Ist denn der Verdacht so abwegig, daß die Initiative zu den perfiden Aktionen in der Kieler Staatskanzlei von Ihnen ausgegangen sein könnte?

Pfeiffer: O ja! Ich war damals sehr erstaunt, mit welchen Methoden dort gearbeitet wurde, die es so ähnlich auch schon in den Jahren zuvor gegeben haben muß. Wenn Barschel mir seine Instruktionen gab, zeigte er keinerlei Erregung oder Lampenfieber.

SPIEGEL: Bei etlichen Ihrer Aktionen gibt es außer Ihrer Behauptung keine nachprüfbaren Beweise für die Urhebererschaft Barschels. Zum Beispiel für die Anrufe des falschen Dr. Wagner, der Engholm suggerieren wollte, er habe sich womöglich mit Aids angesteckt. Oder bei dem angeblichen Auftrag Barschels, ihm eine Wanze zu beschaffen, um ein SPD-Komplott gegen ihn zu belegen.

Pfeiffer: Die Wanzen-Geschichte ist doch in wesentlichen Teilen von Frau Schröder bestätigt worden. Bei anderen Fällen gibt es signifikante Hinweise, die

hätten alles nur inszeniert, um den Verdacht auf Barschel zu lenken.

Pfeiffer: Ich kann diesen Richter nicht widerlegen, zumal es eben außer mir keinen lebenden Zeugen gibt. Da ist die blühende Phantasie mit ihm durchgegangen.

SPIEGEL: Können Sie uns erklären, warum der Ministerpräsident Sie noch am 8. September – nach der ersten Veröf-

„Von der SPD hatte ich kein Geld erwartet“

fentlichung im SPIEGEL, die bei Barschel den Verdacht auf einen Verräter in den eigenen Reihen ausgelöst haben müßte – mit einem so delikaten Auftrag wie der Wanzenbeschaffung betrauen sollte?

Pfeiffer: Genau weiß ich das nicht. Er hat mir das so dargestellt, daß bei ihm am nächsten Tag eine Telefonprüfung stattfände, und da sähe er es gerne, daß eine Wanze in seinem Telefonhörer gefunden würde und er dann sagen könne,

Juli 1987 um eine Wanze gebeten, also sechs Wochen vor dem angeblichen Auftrag durch Barschel.

Pfeiffer: Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Ich habe im Juli, aber auch schon im Juni, verschiedene Leute angerufen, auch Herrn Diekmann, weil ich im Büro von Herrn Ahrendsen eine Wanze anbringen wollte.

SPIEGEL: Nanu, was bezweckten Sie damit?

Pfeiffer: Ich wollte feststellen, was für Aktionen er parallel so laufen läßt. Ich wollte dieses Material, was ich dort eventuell hätte sammeln können, für eine Buch-Veröffentlichung zurücklegen.

SPIEGEL: Sie hatten keine Skrupel?

Pfeiffer: Barschel hatte mir mal gesagt, daß ich Herrn Ahrendsen etwas beobachten solle, weil er ihn für einen unsicheren Kantonisten halte. Aber ich sage ganz ehrlich, ich habe die Wanze bei Ahrendsen von mir aus geplant. Ich wollte ihn ein bißchen nachrichtlich abschöpfen, habe dann aber davon Abstand genommen.

SPIEGEL: Spätestens seit Mitte Juli hatten Sie Kontakt mit dem SPD-Presse-sprecher Klaus Nilius. Wurde die Wanze gemeinsam mit Nilius ausgeheckt?

Pfeiffer: Nein.

SPIEGEL: Sie haben bereits im April 1987 den damaligen Bremer Finanzsenator Claus Grobecker angerufen, angeblich, weil er Ihnen einen Kontakt zur Kieler SPD herstellen sollte. Grobecker bestreitet Ihre Version, er habe Sie an Nilius verwiesen.

Pfeiffer: Tatsache ist, daß er mich kurz danach wieder angerufen hat. Er sagte, er habe mit Engholm gesprochen, ich solle mich an Nilius wenden, der sei absolut wasserdicht.

SPIEGEL: Wissen Sie oder haben Sie Anhaltspunkte, ob führende SPD-Leute noch früher darüber informiert waren, was Sie in der Staatskanzlei trieben?

Pfeiffer: Das kann ich nicht ausschließen. Informiert war auf jeden Fall meine Sekretärin Frau Schröder, die wiederum ein sehr

herzliches Verhältnis zu der damaligen Vorzimmerdame der SPD-Fraktion, Frau Sadek, unterhielt.

SPIEGEL: Später, 1988, haben Sie bei heimlichen Treffs mit Nilius insgesamt 40 000 Mark entgegengenommen – gab es weitere Zahlungen?

Pfeiffer: Nein, von der SPD hatte ich keine finanzielle Unterstützung erwartet. Nilius hatte mir gesagt, das Geld stamme von einem Spender, der anonym bleiben wolle. Wenn ich gewußt hätte, daß es von der SPD kommt, hätte ich es nicht genommen. □



D. EISERMANN

Ehemaliger SPD-Sprecher Nilius (vor dem Ausschuß 1987): „Anonymer Spender“

überhaupt keinen anderen Schluß zulassen als das, was ich gesagt habe. Im Endergebnis machte es ja nichts aus, ob Barschel das stillschweigend geduldet hätte oder ob er, wie er es getan hat, im Detail gesagt hat: Machen Sie das so und so.

SPIEGEL: Diese Version glaubt man Ihnen aber nicht mehr.

Pfeiffer: Wenn CDU und FDP aus Barschel postum einen Heiligen machen wollen, dann ist ihnen jedes Mittel recht, um mich zu diskreditieren.

SPIEGEL: Das Gericht, das Ahrendsen freigesprochen hat, wirft Ihnen vor, Sie

der politische Gegner habe ihn beschattet. Wenn ich eine Wanze hätte besorgen wollen, dann hätte ich das irgendwo auf dem schwarzen Markt getan. Aber ich habe an diesem Tag nur telefonisch bei dem Bremer Kriminalhauptkommissar Frank Herrmann angefragt. Damit war für mich gegenüber Barschel der Nachweis erbracht, daß ich mich bemüht hatte.

SPIEGEL: Der damalige Bremer Polizeipräsident Ernst Diekmann hat jetzt vor dem Kieler „Schublade“-Ausschuß ausgesagt, Sie hätten ihn bereits Ende